



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Christian Zwanziger, Gabriele Triebel, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten, wie sich das EU-Schulprogramm in Bayern in den Jahren seit 2017 entwickelt hat und umgesetzt wird.

In dem Bericht ist besonders darauf einzugehen,

- wie sich Zahl und Größenordnung der teilnehmenden Schulen und Kitas und der beihilfefähigen Kinder entwickelt haben,
- wie sich die Höhe der EU-Mittel und der Finanzierungsanteil aus Landesmitteln zur Förderung des EU-Schulprogramms entwickelt haben,
- wie sich in dem Zeitraum die Anzahl der Portionszahlen pro Kind und die Portionsgröße pro Kind entwickelt haben und welche Mengen an Obst, Gemüse und Milch mit der aktuellen Förderpauschale pro Kind pro Woche ausgegeben werden,
- welche Ausgabenreste in den Jahren 2023 und 2024 in das Folgejahr übertragen wurden,
- welche aktuellen repräsentativen Erhebungen zum Verzehr von Obst- und Gemüse oder Milch- und Milchprodukten von Kindern in Bayern vorliegen,
- wie die Staatsregierung die Lohnerhöhungen, Energiepreise und allgemeine Teuerungen in das Programm involviert, um eine rentable Realisierung zu gewährleisten,
- ob die Staatsregierung plant, die Unterstützung des Programms durch Landesmittel auszusetzen oder auslaufen zu lassen.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung Landwirtschaft, Forsten und Tourismus ausführlich zu berichten,

- in welchem Zeitraum und in welcher Form die Einrichtungen darüber informiert werden, wie sich die Kürzungen beim EU-Schulprogramm auf die grundsätzliche schulwöchentliche Versorgung der Kinder in den Kitas und Schulen auswirken bzw. in welchem Umfang sie diese einschränken,
- welche Planungssicherheit die liefernden Firmen und Betriebe zukünftig haben, die sich mit den Lieferungen für das EU-Schulprogramm ein regionales und ökologisches Standbein aufgebaut haben.

**Begründung:**

Kitas und Schulen sowie Lieferbetriebe berichten, dass das EU-Schulprogramm kurzfristig empfindlich gekürzt wurde, was zu großer Unsicherheit und verständlicher Sorge bei den teilnehmenden Einrichtungen und Lieferbetrieben führt. Als ein Grund wird in der Antwort auf unsere Anfrage zum Plenum vom 10.12. bis 12.12.2024 die Kürzung von EU-Geldern angegeben. Eine Kürzung der EU-Gelder ist aber weder im aktuellen Nachtragshaushalt noch im Agrarbericht 2024 ersichtlich.

Die Kürzung der Mittel betrifft jedoch nicht nur die Kinder in Kitas und Schulen, sondern auch die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte. Bereits über 530 Lieferanten aus Bayern beteiligen sich an der Belieferung von Schulen und Kitas. Hinzu kommt, dass die Kürzungen im Schulprogramm auch das 30 Prozent-Bio-Ziel bis zum Jahr 2030 der Staatsregierung torpedieren. Denn bereits 63 Prozent des Obst- und Gemüses und 80 Prozent der Milchprodukte des EU-Schulprogramms stammen aus Bio-Qualität.

Beim gesunden und nachhaltigen Essen für Kinder den staatlichen Rotstift anzusetzen, ist ein falsches Signal in einer Zeit, in der viele Haushalte schwierige Zeiten erleben. Der soziale Aspekt des Schulprogramms, von dem vor allem Kinder aus schwierigen Verhältnissen profitierten, darf nicht außer Acht gelassen werden.

Das EU-Schulprogramm zielt darauf ab, den Verzehr von Obst, Gemüse, Milch und ausgewählten Milchprodukten bei Kindern als Voraussetzung für die Entwicklung gesunder Essgewohnheiten zu steigern und die Wertschätzung für die Erzeugung dieser Lebensmittel zu erhöhen. Die begleitenden pädagogischen Maßnahmen wie Unterrichtseinheiten oder Bauernhofbesuche sollen den Kindern zudem landwirtschaftliche Erzeugung und eine Vielfalt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nahebringen. Darüber hinaus sollen Kinder in diesem Zusammenhang auch auf die Themen gesunde Essgewohnheiten, Vermeidung von Lebensmittelabfällen, lokale Nahrungsmittelproduktionsketten oder ökologischen Landbau aufmerksam gemacht werden. Das Ziel: Essen und Ernährungsbildung sollen zusammengedacht werden.

Im EU-Schulprogramm erhalten Kinder von 3 bis 10 Jahren in Kindergärten, Häusern für Kinder und Schülerinnen und Schüler der 1. bis 4. Klassen in Grund- und Förderschulen kostenlos bevorzugt regionales und saisonales Obst, Gemüse und Milch und Milchprodukte. Laut bayerischem Agrarbericht 2024 profitierten 323 779 Kindergartenkinder und 451 362 Schulkinder in 6 013 Kindergärten und 2 696 Schulen vom EU-Schulprogramm im Schuljahr 2022/2023. Zuletzt bekamen 769 587 Kinder kostenlos einmal pro Woche Obst und Gemüse. 362 766 Kinder kamen in den wöchentlichen Genuss von kostenlosen Milchprodukten. Das EU-Schulprogramm wird aus Landes- und EU-Mitteln finanziert. Bewerbung und Durchführung des Programms ist Ländersache.